

Atompolitische Fragen- und Forderungskatalog NR Wahl 2017 Überblick Antworten

1. Stromkennzeichnung in Österreich - Handel mit Herkunftszertifikaten

In Österreich muss Strom, der an Endkunden geliefert wird, ein Herkunftszertifikat haben. Eine Richtlinie der EU macht es aber möglich, Strom und Zertifikate getrennt zu handeln. Das erlaubt, Graustrom von der Börse mit einem Atomstromanteil von über 35% mit einem Wasserkraftzertifikat aus Österreich oder dem Ausland den hiesigen Stromkunden als Ökostrom zu verkaufen.

1. a) *Ist das Ihrer Meinung nach eine transparente Stromkennzeichnung und können Stromkunden so eine bewusste Kaufentscheidung zur Förderung erneuerbarer Stromproduktion treffen? Oder ist es vielmehr „greenwashing“ von Atom- und Fossilstrom?*

GRÜNE: Wir halten die getrennte Handelbarkeit von Strom und Zertifikaten aus den genannten Gründen für äußerst problematisch. Österreich hat sich vom Stromexporteur zum Netto-Importeur entwickelt - v.A. Atomstrom aus Tschechien und Kohlestrom aus dem süddeutschen Raum. Das ist ärgerlich, da sich Österreich leicht bilanziell vollständig mit erneuerbarem Strom selbst versorgen könnte. Wir Grüne wollen dieses Ziel - 100 Prozent erneuerbaren Strom - bis 2030 erreichen. Damit schützen wir das Klima. Das Versorgungssicherheit, Arbeitsplätze und schaffen Transparenz für die KonsumentInnen.

KPÖ PLUS: Ein Zertifikat das seinem Namen gerecht wird muss einen genauen Aufschluss über die Zusammensetzung des gehandelten Stroms geben. Ein getrennter Handel von Strom und Zertifikat ist damit unvereinbar. Die durch EU-Richtlinie ermöglichte Praxis ist somit ein Betrug an den Stromkonsument_innen zugunsten der Energiekonzerne und muss zu Recht als „greenwashing“ bezeichnet werden.

SPÖ: Das EU System des Stromhandels sieht eine Kennzeichnung durch Zertifikate vor. Eine andere Art der Kennzeichnung ist demnach derzeit insbesondere für jenen Strom, der über Strombörsen bezogen wird, nicht möglich. So unbefriedigend diese Lösung auch sein mag, sehen wir derzeit dazu im EU Kontext keine Alternative und sind daher für die Beibehaltung der lückenlosen Bedeckung des Stroms in Österreich mit Herkunftsnachweisen. Wir möchten auch darauf hinweisen, dass dieses System auf Druck und Verlangen der wichtigsten Umwelt NGOs (insbesondere Greenpeace und Global 2000) eingeführt wurde und von diesen nach wie vor unterstützt wird.

EUAUS: Nein, das ist keine transparente Stromkennzeichnung. Das gehört dringend verbessert.

1. b) Falls das für Sie ein „greenwashing“ von Atom- und Fossilstrom und eine Täuschung der Stromkunden und damit eine Missachtung des Kundenwillens ist, welche Schritte werden Sie zur Beseitigung dieses Missstandes auf nationaler und europäischer Ebene setzen?

GRÜNE: Der konsequente Ausbau und faire Rahmenbedingungen für erneuerbare Energie sind das wichtigste Mittel gegen Atomkraft, da Stromimporte nach Österreich vermieden werden und Erneuerbare bei gleichen Wettbewerbsbedingungen ökonomisch deutlich im Vorteil sind. Der Fokus muss auf der Vollversorgung mit sauberer Energie liegen, anstatt auf dem Handel mit Zertifikaten. Auf nationaler Ebene bedeutet dies die Umsetzung des Ziels 100% erneuerbarer Strom bis 2030. Dafür braucht es eine Ökosteuerreform, die CO2 endlich einen fairen Preis gibt und es braucht eine große Ökostromgesetznovelle. Auf europäischer Ebene setzen wir Grünen uns für ambitionierte und verbindliche Ziele zum Ausbau erneuerbare Energie im Rahmen des 2030-Klima- und Energiepaketes ein. Österreich wird bei der Verhandlung den Ratsvorsitz innehaben und spielt daher eine wichtige Rolle.

KPÖ PLUS : KPÖ PLUS wird diesen Missstand im Rahmen seiner Möglichkeiten thematisieren und die Einstellung dieser Praxis zugunsten einer eindeutigen Deklaration der Stromherkunft verlangen.

EUAUS:

1. Europäische Ebene: Wir haben den EU-Austritt Österreichs zum Ziel.
2. Österreichische Ebene: Das österr. Parlament soll den EURATOM-Ausstieg entscheiden oder das Volk mittels Volksentscheidung.

Allgemein zu Punkt 1) Stromkennzeichnung – Handel mit Zertifikaten:

FPÖ: Für uns ist eine transparente und nachvollziehbare Stromkennzeichnung von ganz entscheidender Bedeutung. Daher lehnen wir jede Form der Irreführung der Konsumenten durch die Ermöglichung des Verkaufs von Strom mit einem Atomstromanteil mit Wasserkraftzertifikaten als Ökostrom ab.

ÖVP:

Für eine wirkliche Energiewende und ein glaubwürdiges Auftreten gegen Atomenergie ist es notwendig, dass in Österreich kein Atomstrom mehr importiert wird. Ein wesentlicher Schlüssel dazu ist mehr ehrliche Transparenz über die Herkunft des verbrauchten Stroms. Wenn die Menschen wissen, wo tatsächlich Atomstrom drinnen ist und wo nicht, wird der Druck der Konsumentinnen und Konsumenten auf ein Ende der betroffenen Importe deutlich steigen. Wir sind überzeugt: Sofern Menschen gut informierte Entscheidungen treffen können, werden wir in Österreich als Vorreiter beweisen, dass Klimaschutz völlig ohne Atomstrom funktionieren kann.

NEOS: Diese Angaben können wir schwer nachvollziehen. Gemäß offiziellen Angaben durch die e-Control liegt der rechnerische Atomstromanteil in Österreich bei etwa 0,1 %. Wir sehen hier momentan keine klaren Hinweise auf ein „greenwashing“. Sollte es aber solche Hinweise geben und der Verdacht erhärtet sich, muss man die Zertifizierung neu denken und für die Konsument_innen volle Transparenz schaffen.

2. Sicherheit bei Laufzeitverlängerungen

Sind Sie der Meinung, dass die österreichische Regierung bei AKW-Laufzeitverlängerungen eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Stresstests zu fordern hat?

GRÜNE: Ja, unbedingt.

FPÖ: Wir lehnen die Nutzung der Atomkraft sowie AKW-Laufzeitverlängerungen konsequent ab. Im österreichischen Parlament haben wir die Bundesregierung und insbesondere den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft aufgefordert, sich auf bilateraler und EU-Ebene gegen die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken, insbesondere in Grenznähe, auszusprechen und alle politischen, diplomatischen und rechtlichen Möglichkeiten gegen Laufzeitverlängerungen zu ergreifen.

ÖVP:

Wir stellen uns ganz klar gegen den Langzeitbetrieb von bestehenden Kernkraftwerken, insbesondere wenn diese sich in unserer unmittelbaren Nachbarschaft befinden und eine direkte Gefahr für unsere Bevölkerung darstellen. Insofern werden wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel - rechtlich wie politisch – nutzen, um den Langzeitbetrieb von Kernkraftwerken in unserer Nachbarschaft zu verhindern. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass für die Verlängerung der Betriebsdauer von Kernkraftwerken eine Umweltverträglichkeitsprüfung unverzichtbar ist, da es sich aus unserer Sicht um eine wesentliche Projektänderung handelt.

KPÖ PLUS : Die Forderung nach grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen bei AKW-Laufzeitverlängerungen ist ein Minimum. Entsprechende Schritte dafür müssen daher auch von künftigen Regierungen verlangt werden.

NEOS: Wir sind der Meinung, dass man sich auf europäischer Ebene für einen koordinierten Ausstieg aus der Fission zur Stromgewinnung einsetzen soll.

SPÖ: Der österreichische Nationalrat hat im Mai 2015 einen von allen Parteien mitgetragenen Entschließungsantrag beschlossen, welcher die Bundesregierung ersucht sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass alle rechtlich und politisch möglichen Schritte gegen den Ausbau bzw. den Neubau von grenznahen Atomkraftwerken gesetzt werden. Im Juli 2016 erfolgte weiters ein entsprechender Antrag sich auf bilateraler und EU-Ebene gegen die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken, insbesondere in Grenznähe, auszusprechen und alle politischen, diplomatischen und rechtlichen Möglichkeiten gegen Laufzeitverlängerungen zu ergreifen. Diesem Beschluss sehen wir uns natürlich verpflichtet.

EUAUS: JA, das ist eine gute Idee. Um dem Nachdruck zu verleihen, sollte Österreich keinen Strom mehr aus dem Ausland beziehen und energieautark werden.

3. EURATOM

3. a) Halten Sie den seit 1957 nie angepassten EURATOM-Vertrag für reformbedürftig? Falls ja, in welchen Hauptpunkten?

GRÜNE: Ja. Der über 60 Jahre alte EURATOM-Vertrag ist ein Anachronismus, der mit der aktuellen Wirklichkeit der EU-Energieversorgung nichts zu mehr tun hat. Es besteht Einigkeit, dass die Zukunft bei Energieeffizienz und erneuerbaren Energien liegt. Im Gegensatz zu 1957 ist heute klar, dass die Risiken vielfach höher als gedacht sind, die Entsorgung des Atom Mülls nach wie vor ungeklärt und der Neubau völlig unwirtschaftlich sind. Wir Grünen sehen die Alternativen in einer Auflösung von EURATOM oder dem Umbau in eine Forschungsgemeinschaft für Energiewende und die Stilllegung und Endlagerung der Atomreaktoren in der EU. Dazu haben wir in den letzten Jahren immer wieder Initiativen gesetzt.

KPÖ PLUS : EURATOM ist einer der Eckpfeiler der EU mit dem erklärten Ziel der Schaffung einer „mächtigen europäischen Atomindustrie“, ein Programm, mit dem weiterhin die Atomkraft milliarden schwer gefördert wird. Da dies den energiepolitischen Vorstellungen von KPÖ PLUS diametral widerspricht halten wir EURATOM nicht für reformierbar, sondern den Ausstieg für notwendig.

SPÖ: Die SPÖ setzt sich seit Jahren für eine Vertragsrevisionskonferenz betreffend des EURATOM-Vertrages ein und wir dies auch in Zukunft tun.

EUAUS: Österreich sollte aus EURATOM aussteigen.

3. b) Sind Sie angesichts der Verweigerung einer Reform von Seiten der Atombetreiberstaaten für die Kündigung des EURATOM-Vertrages (EAG-V) durch Österreich, wie es laut mehreren Rechtsgutachten eindeutig möglich ist?

GRÜNE: Wir sehen aktuell geeignete Anlässe, die Revision oder Auflösung des EURATOM-Vertrages nochmals zu forcieren. Für Juni 2018 ist eine Konferenz zur Klima- und Energiepolitik der EU unter Einbeziehung der Frage der Zukunft des EURATOM-Vertrages geplant. Wahrscheinlich fällt diese sogar in die Zeit der österreichischen Ratspräsidentschaft. Unter Bezugnahme auf diese Konferenz wäre die Forderung nach der Auflösung des EURATOM-Vertrages entsprechend des Anti-Atomkonsens der Republik anzustreben. Ein weiterer Anlassfall wird die Frage des Austritts der UK aus der Europäischen Union sein. Vor diesem Hintergrund hielten wir einen einseitigen Ausstiegs Österreichs aus dem Vertrag zum jetzigen Zeitpunkt für wenig zielführend.

KPÖ PLUS: KPÖ PLUS tritt seit längerer Zeit für den Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag ein und unterstützt entsprechende Initiativen.

NEOS: Nein, denn wir halten EURATOM für ein wesentliches Instrument der Sicherung noch bestehender Reaktoren. So sehr wir uns gegen die Nutzung von Atomkraft aussprechen, so sehr sind wir damit konfrontiert, dass Kraftwerke anderswo in Betrieb sind und selbst nach Abschaltung ständige Betreuung benötigen. Im Rahmen von EURATOM wird diese koordinierte Sicherung betrieben und auch Sicherheitsforschung finanziert.

SPÖ: Bezüglich einer einseitigen Kündigung des EURATOM-Vertrages, sei an dieser Stelle auf die juristische Expertise des Außenministeriums sowie des Bundeskanzleramtes verwiesen. Beide Stellen wiesen beispielsweise in einem ExpertInnenhearing des Umweltausschusses des österreichischen Nationalrates darauf hin, dass es nicht möglich sei, den EURATOM-Vertrag zu verlassen ohne gleichzeitig auch die EU zu verlassen.

EUAUS: JA.

(Das ist auch Teil des Parteiprogramms der EU-Austrittspartei, deren Obmann ich bin.
=> <http://www.euaustrittspartei.at/parteiprogramm/wirtschaft/energiepolitik/>)

3. c) Falls Sie nicht für die baldigste Kündigung des EAG-V sind: Wie lange soll Österreich maximal noch Mitglied in EURATOM bleiben, ohne dass der EAG-V gründlich reformiert* wird („Schmerzgrenze“)?

* Mit Überführung der nützlichen, zeitgemäßen Bestimmungen in das übrige Vertragswerk der Union.

GRÜNE: s.o.

KPÖ PLUS: In Hinblick auf Frage 3.b) gegenstandslos.

SPÖ: Siehe 3. b) Weiters sei darauf hingewiesen, dass ein EURATOM-Austritt die Mitgestaltungsmöglichkeiten innerhalb des Vertrages seitens Österreichs beschneiden würde. Wir könnten uns beispielsweise nicht mehr für strengere Sicherheitsbestimmungen im Rahmen des Vertrages einsetzen.

EUAUS: Wir sind für den sofortigen EURATOM-Ausstieg Österreichs, mit oder ohne EU-Austritt.

3. d) Der BREXATOM macht eine umfassende Klärung und Neubestimmung des Verhältnisses zwischen GB und EURATOM erforderlich; alle primären und sekundären EURATOM-Bestimmungen müssen in den BREXATOM-Verhandlungen zumindest einmal auf den Tisch, vor den Vertretern aller Mitgliedstaaten. Soll die Beendigung der Mitgliedschaft GBs bei EURATOM in der bisherigen Form gleich zur Diskussion und möglichen Vorbereitung einer Reform/Revision des EURATOM-Vertrags genutzt werden?

GRÜNE: Ja, dafür werden wir uns einsetzen.

KPÖ PLUS: Eine Grundsatzdebatte über EURATOM im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den EU-Austritt Großbritanniens bietet sich zwangsläufig an.

NEOS: BREXIT: wir wissen noch nicht, wie das überhaupt Aussehen wird. Es ist daher sinnlos, vorab auch EURATOM hier mithineinzuziehen.

SPÖ: Wie bereits in Frage 3. a) ausgeführt, setzt sich die SPÖ bereits seit Jahren für eine Vertragsrevisionskonferenz betreffend des EURATOM-Vertrages ein. Wir werden auch weiterhin jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um auf EU Ebene eine Diskussion zu einer Reform/Revision des EURATOM-Vertrags anzustoßen.

EUAUS: Wir sind für den sofortigen EURATOM-Ausstieg Österreichs, mit oder ohne EU-Austritt.

3. e) Sind Sie für die Abhaltung einer Expertenveranstaltung (Konferenz, Anhörung im Parlament) in Wien zur Darstellung und Diskussion von Pro und Kontra eines einzelstaatlichen Ausstiegs aus EURATOM? (bspw. zum 40. Jahrestag des Nein zu Zwentendorf)

GRÜNE: s.O. Angesichts der Möglichkeiten im Zuge der Verhandlungen zu den 2030-Klima- und Energiezielen sowie dem BREXIT hielten wir eine Konferenz, die sich der Frage widmet, wie der Vertrag in diesem Rahmen aufgelöst oder reformiert werden kann für sinnvoller. Wir werden die Bundesregierung dazu auffordern, sich in diesem Sinne zu engagieren.

KPÖ PLUS: Eine solche Expertenkonferenz wäre sinnvoll.

NEOS: Wir sind der Meinung, dass das Thema des einzelstaatlichen Ausstiegs auch in dieser Gesetzgebungsperiode ausreichend beleuchtet wurde. Fazit: die überwiegende Anzahl der Rechtsexperten ist der Meinung, dass das ohne EU-Austritt nicht möglich ist.

SPÖ: Zur Frage des einzelstaatlichen Ausstiegs aus ERATOM siehe Antwort auf Frage 3. b). Weiters fand bereits im Mai 2015 ein Expertenhearing im Unterausschuss des Nationalrates statt bei welchem u.a. die Frage eines möglichen EURATOM-Ausstieges behandelt wurde.

EUAUS: JA, gute Idee.

—

FPÖ: Zu den Fragen 3a bis 3e:

Die österreichische Bevölkerung hat die Stromgewinnung mittels Kernkraftwerken schon vor Jahrzehnten abgelehnt. Seit der Katastrophe von Tschernobyl 1986 ist die Anti-Atom-Politik gesellschaftlicher Konsens. Es ist daher nicht vertretbar, dass mit österreichischem Steuergeld die Errichtung von Atomkraftwerken und Maßnahmen zu deren Laufzeitverlängerung mitfinanziert werden. Daher muss aktiv politisch daran gearbeitet werden, dass die Förderung der Atomenergie beendet wird. Am besten gelingt dies mit einem Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag, wobei gleichzeitig die frei werdenden Mittel für die Forschung und Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energie sowie zur Förderung alternativer Energieträger verwendet werden sollen. Wir haben daher im Februar 2017 im österreichischen Parlament die Bundesregierung aufgefordert, alle erforderlichen Schritte für einen unverzüglichen Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag zu setzen. Dieser Antrag wurde von den Regierungsfractionen abgelehnt.

3. f) Welchen Betrag gibt Ihrer Kenntnis nach Österreich jährlich für Aktivitäten jeglicher Art, für Programme, Gremien usw. unter EURATOM-Titeln und für sonstige atompolitische Agenden auf EU-Ebene aus?*

** Die Integration dieser Posten in das allgemeine EU-Budget kann wohl nicht verunmöglichen, die atompolitisch relevanten Beträge herauszufiltern: von den Ausgaben für Strahlenschutz (-Gremien, -Kommissionsbediensteten usw.) über die Erstellung von Atomausbauprogrammen wie PINC bis zur Reaktorentwicklung, Stichwort Generation-IV-Reaktoren.*

GRÜNE: Wir gehen davon aus, dass dieser Betrag zwischen 40 und 60 Millionen jährlich liegt.

FPÖ: Eine genaue Aufschlüsselung der jährlichen finanziellen Beiträge Österreichs zu Atom-Projekten gleich welcher Art wurde uns trotz mehrmaliger Anfragen bis heute nicht von der österreichischen Bundesregierung übermittelt. Es wurden lediglich Zahlen mitgeteilt, die belegen, dass die Obergrenzen der jährlichen EURATOM-Ausgaben kontinuierlich steigen. Lag der Großteil dieser Kosten im Jahr 2008 noch bei 18 Mio. €, so betrug er im Jahr 2015 schon nahezu 40 Mio. € (vgl. etwa die Parlamentarischen Anfragen sowie Anfragebeantwortungen 8522/J, 8426/AB, XXIV. GP; 5324/J, 4862/AB XXV. GP). Diesem Trend ist entschieden entgegenzutreten! Wir sind weiters der Meinung, dass die österreichischen Steuerzahler das Recht haben, umfassend über die Verwendung der von ihnen aufgebracht Mittel informiert zu werden.

KPÖ PLUS: Die letzte uns bekannte Zahl stammt von 2004, damals waren es 40 Millionen Euro. Seither wurde die Atomforschung auf Betreiben der Konzerne wesentlich ausgeweitet,

so wurde 2007 das Atombudget im 7. EU-Rahmenforschungsprogramm verdreifacht. Wegen massiver Kostenüberschreitungen beim Fusionsreaktor ITER (Frankreich) seit 2009 drohen sogar Nachzahlungen.

NEOS: Für die momentane Periode 2014 – 2018 gehen wir von einem österreichischen Anteil von rund 100 Mio. € aus.

SPÖ: Beschlüsse über das EURATOM Budget müssen mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden und statt regelmäßig überstimmt zu werden, versucht Österreich statt dessen möglichst viele Mittel auf den Bereich Reaktorsicherheit umzuleiten. Wie hoch der österreichische Anteil an den verschiedenen Programmen, etc. ist, lässt sich unseren Informationen zufolge nicht sagen.

EUAUS: Angeblich ist alleine der Mitgliedsbeitrag Österreichs an EURATOM 40 Millionen Euro im Jahr.

Allgemein zu Punkt 3) EURATOM:

ÖVP:

Österreich hat im Sinne seiner Anti-Atom-Politik von Beginn seiner EU-Mitgliedschaft an Bemühungen zur Reform des Euratom-Vertrags unterstützt und mehrmals selbst Initiativen zu einer solchen Reform gestartet. Insbesondere geht es uns darum, den Förderzweck für Atomenergie zu eliminieren, den Schutzzweck auszubauen und die Entscheidungsprozesse zu demokratisieren. Insofern werden wir uns auch weiterhin für eine Reform/Auflösung des Euratom-Vertrags einsetzen. Die Umsetzung einer solchen Vertragsänderung stellt jedoch nach wie vor eine große Herausforderung dar. Denn auch wenn die Katastrophe von Fukushima bei einigen EU-Mitgliedstaaten zum positiven Beschluss geführt hat, aus der Kernenergie auszusteigen, so zeichnet sich nach wie vor keine für die Einsetzung einer notwendigen Regierungskonferenz erforderliche Mehrheit im Europäischen Rat ab. Sollte sich aber im Zuge der durch den Brexit ausgelösten generellen Debatte über die Zukunft der EU eine Möglichkeit zu einer entsprechenden Vertragsänderung eröffnen, werden wir mit Sicherheit nicht zögern, diese zu nutzen.

Der vor dem Hintergrund dieser Mehrheitsverhältnisse immer wieder geforderte einseitige Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag ist derzeit rechtlich nicht möglich. Das haben erst die Brexit-Verhandlungen wieder klar gezeigt, die die untrennbare Verbindung von EU und Europäischer Atomgemeinschaft bestätigt haben. Eine Expertenkonferenz zu diesem Thema kann man zwar durchführen, würde angesichts dieser rechtlichen Ausgangslage aber auf einer rein theoretischen Ebene bleiben müssen. Außerdem wäre ein einseitiger Ausstieg aus Euratom auch nuklearpolitisch nicht im Sinne unserer Anti-Atom-Politik. Österreich war und ist stets ein Stachel im Fleisch der Atom-Befürworter, der bei Gesprächen im Rahmen von Euratom konsequent auf die Gefahren und enormen Nachteile dieser Energieform hinweist

und so als eine wichtige Stimme der Vernunft gegen Fehlentwicklungen in diesem Bereich wirkt. Lediglich die noch immer starken Verfechter der Kernenergie in der EU würde es freuen, sich nicht mehr mit der kritischen Stimme Österreichs befassen zu müssen.

Die Atomgemeinschaft ist weder finanziell noch institutionell oder strukturell von der Europäischen Union zu trennen. Österreich leistet auch keine Beiträge zu einem „Euratom-Budget“, da die Europäischen Gemeinschaften lediglich über ein umfassendes Gemeinschaftsbudget verfügen, zu dem die Mitgliedstaaten anteilmäßig beitragen. Eine eindeutige Zuordnung der Ausgaben in diesem Bereich ist daher nicht möglich.

4. ITER

4. a) Bekanntlich hat das Kernfusionsprojekt ITER seit Baubeschluss eine – von den Kritikern vorhergesagte – explosionsartige Kostensteigerung erlebt (Stichwort: „Milliardengrab“).

*Sind Sie für die Weiterverfolgung des ITER-Projekts oder sind Sie für dessen Einstellung?
Falls Sie für die Weiterverfolgung sind, bis zu welcher Gesamtkostensteigerung soll Österreich ITER weiter mittragen?*

GRÜNE: Wir sind für die Einstellung des ITER-Projektes. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die Forschung von EURATOM Probleme der Atomenergie beseitigt, anstatt neue zu schaffen. Die Forschung muss sich auf Strahlenschutz und Beseitigung von Atommüll konzentrieren. Die Grünen unterstützen die Entwicklung neuer Kernreaktoren (insbesondere Generation-IV-Reaktoren, Brutreaktoren, Kernfusionsreaktoren ITER) nicht.

KPÖ PLUS: In Hinblick auf die Kostenentwicklung halten wir eine Weiterverfolgung von ITER für unverantwortlich und plädieren für die Einstellung.

NEOS: Wir unterstützen weiterhin diese gemeinsame Großforschungsanlage. Derartiges ist nur gemeinsam zu stemmen, aber gerade die gemeinsame Forschungspolitik der EU ist ein beispiellos erfolgreiches Integrationsprojekt. Es gibt starke Konkurrenz in den USA, Japan und China und im Wettlauf um Technologieführerschaft bekennen wir uns zu gemeinsam betriebenen Anlagen wie ITER, Cadarache. Das ist kein Widerspruch zu Energieforschung in anderen Bereichen. Wir sind überzeugt, dass in den Bereich Green Energy, Smart Grid etc. auch mehr Forschungsgeld fließen soll.

EUAUS: Wir sind für die Einstellung des ITER-Projekts.

4. b) Die Kernfusionsbefürworter/-betreiber, die in ihren früheren Prognosen den Zeitpunkt der ersten wirtschaftlichen Stromlieferung regelmäßig zu optimistisch angenommen haben, rechnen selber frühestens ab 2050 mit nennenswerten marktfähigen Strommengen aus der Kernfusion.

Würden Ihrer Meinung nach die noch erwartbaren Milliardenausgaben für ITER und sonstige Fusionsprojekte nicht besser in Erneuerbare-Energien-Projekte (Forschung, Effizienzsteigerung/Kostendegression, Anlagenerrichtung, Netze) umgelenkt?

GRÜNE: s.O. Wir brauchen jeden Euro für die sozial verträgliche Transformation in eine dekarbonisierte Zukunft. Forschungsgelder für Kernenergie sind aus Sicht der Grünen derzeit nur für Strahlenschutz und Endlagerung sinnvoll.

KPÖ PLUS: Ja, definitiv.

EUAUS: Besser ist, wenn Österreich von Energieimporten unabhängig wird. Dazu braucht es mehr Energieeffizienz wie z.B. Wärmendämmung an Gebäuden. Weiters sollten die erneuerbaren Energien in Österreich besser genutzt werden.

Allgemein zu Punkt 4) ITER:

FPÖ: Wir stehen für den Ausstieg aus der Kernkraft. Förderungen und sonstige Ausgaben für Atomkraft sind einzustellen. Die frei werdenden Mittel sollen für die Forschung und Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energie sowie zur Förderung alternativer Energieträger

verwendet werden. Der Einsatz heimischer erneuerbarer Energieformen ist zudem der sicherste Weg zur Erreichung von Umweltschutzziele. Durch den Ausbau von Sonnen-, Wasser-, Wind- und Bioenergieanlagen sowie durch die Verwendung umweltfreundlicher Treibstoffe können Ressourcen geschont, die Umwelt geschützt und darüber hinaus ein bedeutender Arbeitsmarkt erschlossen werden.

ÖVP:

Derzeitige Entwicklungen der Kernfusion lassen nicht erkennen, dass ein technisch realisierbarer Kernfusionsreaktor mit dem Ziel einer dezentralen, nachhaltigen, sozial- und umweltverträglichen Bereitstellung von Energiedienstleistungen vereinbar ist. Auch ist die technische Machbarkeit der Stromerzeugung aus Kernfusion noch keineswegs gesichert. Somit bestehen aus nuklear- und energiepolitischer Sicht gewisse Vorbehalte. Aus forschungspolitischer Sicht kann die Situation jedoch etwas anders beurteilt werden. So kommt beispielsweise im Rahmen des Projekts, das auch von zahlreichen Staaten außerhalb der EU unterstützt und finanziert wird, eine zentrale Magnetzyinderspule zum Einsatz, die mit 1.000 Tonnen supraleitendem Material der stärkste Magnet der Welt ist.

SPÖ: Kernfusion ist grundsätzlich ein höchst interessantes naturwissenschaftliches Forschungsgebiet der Physik, aber eine energiewirtschaftliche Relevanz ist unserer Ansicht nach, wenn überhaupt, dann erst sehr langfristig gegeben. Da sich beim ITER der Zeitpunkt eines erfolgreichen Experimentes bei steigenden Kosten laufend nach hinten verschiebt, ist ein Erfolg fraglich. Falls das Experiment gelänge, würde es beträchtliche Zeit und Kosten zu einer endgültigen Anwendung benötigen. Die zu erwartenden hohen Kosten liegen vermutlich auch über denen anderer Alternativen, insbesondere über jener Erneuerbarer Energieträger. Diese „Lösung“ käme also erst zu einem Zeitpunkt, zu dem die Umstellung auf ein CO₂ neutrales Energiesystem bereits abgeschlossen sein muss – diese Umstellung wird daher auch weiterhin Fokus der österreichischen Energieforschung sein. Die Höhe allfälliger Beiträge Österreichs zu Forschungsprojekten rund um die Möglichkeiten zur energetischen Nutzung von Kernfusion sind uns nicht bekannt.

5. EU-Atomstreitmacht

Im Gefolge des US-Regierungswechsels zu Präsident Donald Trump haben sich gewichtige Politiker in der Union (u.a. der „starke Mann“ Polens, Lech Kaczynski, CDU-Spitzenpolitiker, Think Tanks) nicht nur mit der Forderung nach mehr militärischer Eigenständigkeit der EU, sondern auch mit der Forderung nach einer gemeinschaftlichen EU-Atomstreitmacht zu Wort gemeldet.

Unterstützen Sie die Forderung nach einer „europäischen Atombombe“, einer Atombewaffnung der Europäischen Union oder sind Sie gegen eine solche Entwicklung? Halten Sie sie für den Weltfrieden zu- oder abträglich?*

** Zumal vor dem Hintergrund, dass gerade Österreich sich in den letzten Jahren auf diplomatischem Parkett enorm für atomare Abrüstung eingesetzt und maßgeblich am Zustandekommen des UN-Vertrages zur Ächtung der Nuklearwaffen mitgewirkt hat.*

GRÜNE: Die Grünen treten seit ihrer Gründung für ein atomwaffenfreies Europa ein. Wir halten eine EU mit Atomwaffen für keine gute Idee, die den Weltfrieden in irgendeiner Weise voranbringt. Gerade die Beamten des Außenministeriums in Wien haben mit ihrer nachdrücklichen, geduldigen und erfolgreichen Initiative bei den Vereinten Nationen zur Ächtung aller Nuklearwaffen eine aktive und positive Rolle des neutralen Österreich für die Überwindung der atomaren Bedrohung vorbildlich ausgefüllt. Auch angesichts der Bemühung zur Ächtung aller Nuklearwaffen erachten wir alle Überlegungen in Richtung Europäischer Atombombe für vollkommen widersinnig.

FPÖ: Eine „europäische Atombombe“ lehnen wir ab, weisen aber darauf hin, dass derzeitige Mitgliedsstaaten der Europäischen Union über Atomwaffen verfügen.

KPÖ PLUS : KPÖ PLUS tritt für die globale atomare Abrüstung ein und verlangt im Sinne einer konsequenten Neutralitätspolitik entsprechende Initiativen der österreichischen Regierung. Daher lehnen wir klarerweise eine „europäische Atombombe“ ab, die für den Weltfrieden in jeder Hinsicht abträglich wäre.

NEOS: Selbstverständlich treten wir für nukleare Abrüstung ein, nicht für ein Aufstocken von Atomwaffen.

ÖVP:

Klar ist, dass wir in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik mehr Zusammenarbeit auf europäischer Ebene benötigen. So liegen beispielsweise in einer gemeinsamen Beschaffungspolitik enorme Effizienzpotentiale und auch der gemeinsame Schutz der EU-Außengrenze muss rasch vorangetrieben werden. Wir brauchen etwa eine zivil-militärische Grenzschutztruppe für EU-Assistenzeinsätze an den Außengrenzen unter ziviler Führung und eine robuste Kriseneingriffstruppe auf europäischer Ebene, die in akuten Krisenfällen zum Schutz Europas international zum Einsatz kommt.

All diese Forderungen nach einer stärkeren europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich dürfen jedoch keinesfalls in die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Atombombe münden. Die langjährige, aktive Rolle Österreichs im Bereich der Abrüstung, insbesondere der nuklearen Abrüstung, wurde bereits erwähnt. So war die Konferenz über die humanitären Folgen von Kernwaffen im Dezember 2014 Ausgangspunkt für Österreichs multilaterale Initiativen für einen Richtungswechsel in der Nukleardebatte („Austrian Pledge“). Österreich war im Rahmen der Vereinten Nationen auch führend am Zustandekommen eines rechtlich bindenden Verbots von Nuklearwaffen beteiligt. Wir werden an dieser Anti-Atomwaffen-Politik ohne Wenn und Aber festhalten.

SPÖ: Die SPÖ lehnt die Entwicklung einer „europäischen Atombombe“ mit aller Vehemenz ab. Österreich steht an der Spitze der internationalen nuklearen Abrüstungsbewegung und hat diese Vorreiterrolle zum Beispiel auch als Mitinitiator des Verbotsvertrages von Nuklearwaffen bewiesen.

EUAUS: Wir sind gegen die EU-Militärunion, ganz gleich ob mit oder ohne Atomwaffen. Wir von der Liste: "*Für Österreich, Zuwanderungsstopp, Grenzschutz, Neutralität, EU-Austritt*" sind für eine Friedenspolitik durch die militärische Neutralität Österreichs. Wir wollen nicht, daß Österreich Teil der NATO wird, sondern immerwährend neutral bleibt. (Exkurs: Sollte die EU jemals auf Angriffskriege verzichten und neutral werden, dann kann man eventuell sogar von einer „Friedensunion“ reden. Sonst nicht.)

Der atompolitische Fragen- und Forderungskatalog ist ein gemeinsames Produkt folgender österreichischer Anti-Atom-Organisationen:



DI Manfred Doppler
Anti-Atom-Komitee
Freistadt



Bernhard Riepl
Verein Sonne+Freiheit
Sandl



Paula Stegmüller
Wiener Plattform Atomkraftfrei
Wien



Renate Brandner-Weiss
Waldviertler Energiestammtisch
Waidhofen an der Thaya



Heinz Stockinger
Plattform gegen Atomgefahren
Salzburg